

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.  
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

## 1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Zum jüdischen Neujahrsfest Rosch Haschana haben Vertreter aus Politik und Kirche ihre Grüße und Wünsche übermittelt.** „Lebensfreude und Zuversicht sind gute Ratgeber für das neue Jahr und für unser Zusammenleben“, so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 14. September in Berlin. „Ich bin dankbar, dass sich so viele Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft für den Dialog der Religionen und den Zusammenhalt in unserem Land engagieren.“ Zugleich rief er dazu auf, Judenhass entgegenzutreten: „Antisemitismus ist unerträglich.“ Rosch Haschana beginnt an diesem Freitagabend und dauert bis Sonntag. Jüdinnen und Juden begrüßen dann das Jahr 5784 nach Erschaffung der Welt. Das Fest leitet zehn Bußtage ein, die in den Versöhnungstag Jom Kippur, den höchsten jüdischen Feiertag, münden. In einer Anzeige in der „Jüdischen Allgemeinen“ vom selben Tag wünschte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) friedvolle Festtage. Er mahnte zudem Respekt in der Gesellschaft und einen guten Zusammenhalt an. Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben, Felix Klein, zeigte sich zuversichtlich, dass gesellschaftliche Probleme wie Energiekrise und Preissteigerungen gemeinsam gemeistert werden könnten. Und: „Für mich ist natürlich besonders der Schutz jüdischen Lebens wichtig.“ Der israelische Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, wünschte sich für das neue Jahr vor allem Austauschprojekte zwischen Israel und Deutschland, besonders für Jugendliche. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing, unterstrich in einer Grußbotschaft positive Entwicklungen im christlich-jüdischen Dialog. Er nannte auch die Studienreise der Unterkommission der Bischofskonferenz für die religiösen Beziehungen zum Judentum nach Israel im Januar. Daran hatten auch drei Rabbiner teilgenommen. „Gerade in der gegenwärtigen angespannten politischen Situation ist es wichtig, dass der Dialog mit jüdischen und christlichen Einrichtungen und Gruppen in Israel fortgesetzt wird.“ Bätzing äußert sich besorgt über die schwierige Lage von Christen und Christinnen in Israel und den besetzten Gebieten. Allen Jüdinnen und Juden wünschte Bätzing Mut und Hoffnung für das neue Jahr. Die Feiertage sollten das „Vertrauen auf Gottes Treue und Gerechtigkeit stärken“. Auch andere Repräsentanten der beiden großen Kirchen hatten in den vergangenen Tagen Glückwünsche verbreitet. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, ließ in der „Jüdischen Allgemeinen“ das zu Ende gehende Jahr Revue passieren. Er erinnerte an die Aufnahme von rund 30.000 Geflüchteten aus der Ukraine in jüdischen Gemeinden – was zu einem Anstieg der Mitgliedzahlen geführt habe. Er beklagte zudem, dass Antisemitismus zu einem „Alltagsphänomen“ zu werden drohe. Zugleich freute er sich über aktuelle Synagogenneubauten. Schuster stellte klar: „Die Heimat der deutschen Juden ist Deutschland.“ Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, erinnerte an die Flugblatt-Affäre rund um den bayerischen Vize-Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger (Freie Wähler) und die Landtagswahl am 8. Oktober. (kna öki 19.09.2023)
- **Erfurts mittelalterlich-jüdisches Erbe hat jetzt Welterbe-Status.** Erfurt hat den Titel. Unmittelbar nachdem die Entscheidung des Unesco-Welterbekomitees in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad gefallen war, knallten im Rathaus der Thüringer Landeshauptstadt die Sektkorken und Banner mit der jiddischen Aufschrift „Masel tov“ (Viel Glück) wurden entrollt. Das jüdisch-mittelalterliche Erbe inmitten der Erfurter Altstadt ist nun offiziell in die Welterbeliste aufgenommen. Seit 2008 arbeitete Erfurt darauf hin. Am Ende umfasste der Welterbeantrag mehrere Elemente: Herzstück ist die Alte Synagoge, deren älteste Teile aus dem 11. Jahrhundert stammen. Das Gebäude, heute als Museum genutzt, zählt zu den größten und am besten erhaltenen Synagogen dieser Zeit in Europa. Gut 120 Meter entfernt entdeckte man 2007 bei Ausgrabungen ein großes jüdisches Ritualbad, eine Mikwe, ebenfalls aus dem Mittelalter und vom Bau her bislang einzigartig. Zusammen mit einem jüdischen Wohn- und Geschäftshaus, dem sogenannten Steinernen Haus nahe der Krämerbrücke, repräsentieren die Bauten in kompakter und anschaulicher Weise die frühe Blütezeit jüdischen Lebens in Mitteleuropa. Zu den Bauwerken kommen sogenannte Sachzeugnisse hinzu: Unter anderem hebräische Handschriften, etwa 75 erhaltene Grabsteine des 13. bis 15. Jahrhunderts vom ehemaligen jüdischen Friedhof sowie der „Erfurter Schatz“ aus dem 14. Jahrhundert. Er umfasst 30 Kilogramm Silberbarren, Münzen, Silbergeschirr und weitere Goldschmiedekunst.

Er tauchte 1998 bei Ausgrabungen auf und gilt von Umfang und Zusammensetzung her als einmaliger Fund.

Bislang befand sich überhaupt erst eine jüdische Stätte in Deutschland in der Liste des Unesco-Welterbes: 2021 wurden Relikte der mittelalterlichen jüdischen Gemeinden von Mainz, Speyer und Worms – der sogenannten SchUM-Stätten – aufgenommen. Der Erfurter Antrag nimmt auch die Ambivalenz der jüdischen Gemeinde- und Alltagsgeschichte in den Blick: im Spannungsverhältnis mit ihrer christlichen Umwelt, von den Anfängen im späten 11. Jahrhundert bis hin zur vollständigen Auslöschung bei dem Pogrom vom 21. März 1349. All das hinterließ Spuren, die sich bis heute an den Bauwerken erhalten haben. So wurde die Mikwe beim Pogrom massiv beschädigt. Juden, die sich ab 1354 in Erfurt ansiedelten, nutzten das Ritualbad weiter, während die Alte Synagoge bereits in ein Lager umgebaut war. Der Stadtrat erzwang 1453/54 die Abwanderung von Juden aus Erfurt. Spätestens dann endete die Nutzung der Mikwe, die vornehmlich zur kultischen Reinigung nach Berührungen mit Toten, mit Blut oder anderem, in religiösem Sinne Unreinen diente. Das Becken wurde verfüllt, der Raum darüber bis ins 20. Jahrhundert als Keller genutzt. Seit 2011 ist die wieder freigelegte Mikwe für Besucher geöffnet und bei Führungen zugänglich. In seiner Unesco-Bewerbung sah Erfurt auch ein Bekenntnis zu der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands, die gemeinsamen Wurzeln von Juden und Christen in Europa in Erinnerung zu rufen, und den Beitrag jüdischer Bürger zu Gelehrsamkeit und wirtschaftlicher Blüte angemessen zu würdigen. Und mit dem Welterbe-Titel für Erfurt geht nach Ansicht des katholischen Bischofs Ulrich Neymeyr auch heute eine Verpflichtung zum konsequenten Vorgehen gegen Antisemitismus einher: „Dagegen vorzugehen und die gemeinsamen Wurzeln zu entdecken, die Juden und Nichtjuden verbinden, ist auch eine Verpflichtung, die sich aus dem Welterbe-Titel ergibt.“ (kna öki 19.09.2023)

- **Der Lutherische Weltbund warnt vor den Folgen des Klimawandels.** „Der unnachgiebige Anstieg der globalen Temperaturen“ führe zu einem Verlust von Biodiversität, menschlichen Leben und ganzen Gemeinschaften, heißt es in der Schlussbotschaft der diesjährigen Vollversammlung des weltweiten Dachverbands von 77 Millionen lutherischen Christen aus 150 Kirchen in 99 Ländern, die im polnischen Krakau zu Ende ging. „Wir hören und anerkennen den dringenden Ruf zum Handeln.“ Die Menschen seien Teil der Schöpfung Gottes. Daher wolle sich der LWB künftig verstärkt für wirtschaftliche Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit einsetzen.

In ihrer mit 88 Prozent der Delegiertenstimmen angenommenen Schlussbotschaft blickten die Delegierten auch auf einen gemeinsamen Besuch im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau zurück. Dort hatte man der mehr als eine Million an dieser Stelle ermordeten Menschen gedacht. „Sie wurden wie Vieh transportiert und in den Tod gesandt“, heißt es in der Erklärung. „Wir gingen dorthin, um die Wahrheit zu sehen. Sie wurden angelogen, erniedrigt und ermordet. Wir haben ihrer gedacht.“ Ferner heißt es in der Erklärung, dass sich die Delegierten beim Gang durch Auschwitz-Birkenau auch „anderer Orte unaussprechlicher Verbrechen“ erinnern hätten. Diese Formulierung ist bemerkenswert - denn in einer ersten Fassung des Textes waren dort ursprünglich Länder wie Kambodscha oder Rwanda genannt. Nach einem Antrag der deutschen Theologin und Historikerin Schwester Nicole Grochowina verzichtete die Versammlung aber auf die Nennung konkreter Orte, um Auschwitz nicht vergleichbar zu machen. In der Schlussbotschaft verpflichtete sich die Versammlung ferner, gegen Lügen, hasserfüllte Sprache und Grausamkeiten aufstehen zu wollen. „Wir beten: Nie wieder.“ Zudem erinnerte der LWB daran, dass sich bereits die Vollversammlung in Budapest 1984 vom Antisemitismus Martin Luthers distanziert habe und betonte die Bedeutung des christlich-jüdischen Dialogs. Ferner sprach sich die Vollversammlung in ihrer Abschlussbotschaft gegen alle Formen von Gewalt und Diskriminierung aus, auch aufgrund von Gender, Sexualität oder Fremdenfeindlichkeit. (kna öki 26.09.2023)

- **Der Vorsitzende der Europäischen Rabbinerkonferenz (CER), Pinchas Goldschmidt, hat den Umzug der Konferenz von London nach München als historisch bezeichnet.** „Die Hoffnung und Zuversicht triumphieren über die Geschichte“, sagte Goldschmidt der „Süddeutschen Zeitung“ An der Eröffnung des Hauptsitzes der Konferenz der Europäischen Rabbiner nahmen mehrere Vertreter der bayerischen Staatsregierung teil. Diese fördert künftig die Arbeit der Rabbinerkonferenz jährlich mit 1,5 Millionen Euro. Der Konferenz gehören nach eigenen Angaben 800 aktive Rabbiner an. Präsident ist seit 2011 der ehemalige Moskauer Oberrabbiner Goldschmidt. Er musste nach dem russischen Angriff auf die Ukraine nach Israel emigrieren. Es sei schon einmalig, dass eine jüdische Organisation von einer Regierung eingeladen werde, sich anzusiedeln, erklärte der Oberrabbiner. Man fühle sich in München sehr sicher und sei der bayerischen Polizei und den Sicherheitsbehörden sehr dankbar für

ihre Unterstützung und die gute Zusammenarbeit. Das Gleiche gelte für die bayerische Staatsregierung. Nach den Worten des CER-Vorsitzenden wächst in Deutschland die jüdische Gemeinde. München beherberge eine der größten Gemeinden mit einer großen Infrastruktur. Das seien perfekte Bedingungen. Bayern und seine Landeshauptstadt seien wieder Heimat für Tausende Jüdinnen und Juden geworden, die nach der Schoah ein lebendiges und weiter prosperierendes Gemeindeleben aufgebaut hätten und es hierzulande praktizieren könnten. München habe sich mit dem Bau der Ohel-Jakob-Synagoge, dem Gemeindezentrum und als regelmäßiger Tagungsstandort jüdischer Organisationen zu einem neuen Kristallisationspunkt für jüdisches Leben entwickelt, erinnerte Goldschmidt. Dazu komme, dass die Stadt zu einer Anlaufstation jüdischer Kriegsflüchtlinge aus Russland und der Ukraine geworden sei. Unter der großartigen Führung von Charlotte Knobloch habe man das Judentum ins Herz der Stadt München zurückkehren lassen. Er spüre hier Offenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber jüdischem Leben, mehr als in anderen Städten Europas. Vor allem die bayerische Politik habe erkannt, dass eine lebendige jüdische Gemeinde nicht nur für das jüdische Volk selbst gut sei, sondern auch für die Gemeinschaft insgesamt, sagte der Oberrabbiner. „Sie ist eine Quelle des kulturellen Reichtums, der intellektuellen Vielfalt und der moralischen Stärke. Dennoch wäre es schön, wenn wir noch mehr Berührungspunkte hätten und Juden und Nichtjuden mehr übereinander erfahren.“ (kna öki 26.09.2023)

- **Nach dem massiven Angriff der Hamas auf Israel nun auch die EU und Deutschland Entwicklungshilfe für die Palästinensischen Gebiete vorerst ausgesetzt.** Alle Zahlungen der EU würden mit sofortiger Wirkung gestoppt, teilte EU-Erweiterungskommissar Oliver Varhelyi auf dem Kurznachrichtendienst X mit. „Das Ausmaß des Terrors und der Brutalität gegen Israel und sein Volk sind ein Wendepunkt“, erklärte Varhelyi. „Es kann kein ‚business as usual‘ geben.“ Die EU-Kommission sei der größte Geldgeber für Palästina. Allein der Finanzrahmen 2021 bis 2024 sieht fast 1,2 Milliarden Euro an Unterstützung vor. Betroffen sei nun das gesamte Entwicklungsportfolio von rund 691 Millionen Euro. Auch andere Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft stellen die Entwicklungshilfe für die Palästinensischen Gebiete infrage. „Nach dem Angriff der Hamas auf Israel gehören alle deutschen und internationalen Hilfsgelder für den Gazastreifen und das Westjordanland auf den Prüfstand“, sagte der Beauftragte der Bundesregierung gegen Antisemitismus, Felix Klein, der „Bild“-Zeitung. Ähnlich äußerte sich der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. „Die finanzielle Unterstützung der Palästinenser muss sofort beendet werden. Der palästinensische Terror, den wir sehen, wurde auch mit deutschen Steuermitteln finanziert.“ Der Vorstand der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD) richtete die gleiche Forderung an Deutschland und die EU. Ebenso müssten palästinensische Organisationen, die die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PLFP) unterstützten, verboten werden. „Es braucht jetzt ein entschiedenes und konsequentes Durchgreifen der hiesigen Behörden, auch um zu verhindern, dass sich der Nahostkonflikt auf deutsche Straßen verlagert“, heißt es in der Erklärung der Rabbiner Avichai Apel (Frankfurt), Zsolt Balla (Leipzig) und Yehuda Pushkin (Stuttgart).

Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) hatte angekündigt, die Hilfsgelder auf den Prüfstand stellen zu wollen. Für den Zeitraum der Prüfung wurde die Finanzhilfe nun eingestellt, wie das Ministerium auf Anfrage bestätigte. Das Entwicklungsministerium hat nach eigenen Angaben für 2023 rund 250 Millionen Euro zugesagt. Auch das Außenministerium unterstützt die Palästinensischen Gebiete nach eigenen Angaben aktuell mit knapp 73 Millionen Euro. Diese würden über UN-Institutionen und Hilfsorganisationen verteilt und seien zum Großteil bereits ausgezahlt. Mit dem Geld würden Menschen in akuten Notsituationen unterstützt; es gehe „kein Geld an die Hamas, Deutschland finanziert keinen Terror“, erklärte ein Sprecher des Ministeriums. (kna öki 10.10.2023)

- **Der ÖRK hat für den 17. Oktober zu einem weltweiten Tag des Gebetes und des Fastens aufgerufen.** Damit schließt sich der Zusammenschluss in einer Aussendung vom 15. Oktober der Aufforderung der Patriarchen und Kirchenoberhäupter von Jerusalem an. „Der ÖRK lädt alle Mitgliedskirchen und alle Menschen guten Willens ein, gemeinsam für den Frieden zu beten, den Leidenden zu helfen und für diejenigen zu beten, die Angehörige verloren haben“, heißt es in der Erklärung. Zuvor hatten die christlichen Repräsentanten in Jerusalem zum Gebet „zur Unterstützung all derer, die in diesem Krieg gelitten haben, und der Familien, die unter der Gewalt leiden“ aufgerufen. „Unser geliebtes Heiliges Land hat sich in der vergangenen Woche dramatisch verändert“, heißt es in der Erklärung. „Wir sind Zeugen eines neuen Zyklus der Gewalt mit einem ungerechtfertigten Angriff auf alle Zivilisten“. (kna öki 17.10.2023)

- **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat seine tiefe Solidarität mit Israel bekundet.** „Seit dem 7. Oktober ist nichts mehr wie es war“, sagte er in Berlin bei einer Solidaritätskundgebung am Brandenburger Tor. Noch nie seit dem Ende der Shoah seien durch einen Angriff so viele Jüdinnen und Juden ermordet worden. Israel habe das Recht, sich gegen diesen Terror zu verteidigen. Die Solidaritätskundgebung stand unter dem Motto „Aufstehen gegen Terror, Hass und Antisemitismus - in Solidarität und Mitgefühl mit Israel“. Sie wurde von einem breiten Bündnis aus Politik, Kirchen und Verbänden organisiert. Laut Angaben der Veranstalter kamen 25.000 Menschen. In der Nacht zuvor kam es zu einer Solidaritätskundgebung für die Palästinenser in Gaza an derselben Stelle. „Und Deutschland steht dabei fest an Israels Seite“, so der Bundespräsident. „Wir flehen und beten mit euch!“ Zugleich betonte Steinmeier, dass der Terror auch Menschen im Gazastreifen treffe, „deren Interessen die Hamas nur vorgibt zu vertreten“. Es seien die Terroristen, die Gaza in einen zerstörerischen, militärischen Krieg geführt hätten. „Wir müssen und werden uns für den Schutz von Zivilisten einsetzen; sie brauchen humanitäre Hilfe und humanitäre Korridore. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit“, betonte Steinmeier. Weiter erklärte er, auch Deutschland sei gefordert wie lange nicht. „Es ist unerträglich, dass Jüdinnen und Juden heute wieder in Angst leben - ausgerechnet in diesem Land.“ Jüdische Eltern könnten ihre Kinder nicht mehr in die Schule schicken und das Holocaust-Mahnmal müsse von der Polizei geschützt werden. Auch der israelische Botschafter Ron Prosor kritisierte Islamverbände in Deutschland und Teile der Kulturszene, die sich nicht eindeutig auf die Seite Israels stellten. Die abscheulichen Verbrechen der Hamas widersprächen allen Werten, so Prosor. Der Geschäftsführer des Zentralrats der Juden, Daniel Botmann, verurteilte ebenfalls Ausschreitungen in Deutschland. Die Demonstranten gingen aus purem Hass gegen Israel und die Juden auf die Straße. „Schluss mit der Toleranz. Wer antisemitische Parolen schreit, muss notfalls auch abgeschoben werden. Wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, muss empfindlich bestraft werden.“ Der Fuldaer katholische Bischof Michael Gerber betonte, „als Christen in Deutschland stehen wir hier in doppelter Verantwortung. Zum einen als Bürger eines Landes, das vor wenigen Jahrzehnten unermessliches Leid und millionenfachen Tod über die Juden gebracht hat. Zum anderen, weil wir wissen, dass der Antisemitismus auch in einer Schuldgeschichte des Christentums wurzelt.“ Mit Scham blickten die Christen darauf zurück, dass die Juden in der Zeit des Nationalsozialismus viel zu wenige Helfer und Unterstützer gefunden hätten. Gerade deshalb gelte es heute, an der Seite der Juden zu stehen, „wenn sie in Israel brutal attackiert werden und erschreckenderweise auch bei uns erneut in Bedrängung geraten“. Ähnlich äußerte sich die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Annette Kurschus. Antisemitismus komme „aus unserer christlichen Geschichte, und er keime in unserer Mitte“. Sie betonte: „Antisemiten sind auch unter unseren Kirchenmitgliedern. Das ist weder schicksalhaft noch gottgegeben.“ Sie räumte ein, die Kirche habe Antisemitismus lange nicht ernst genug genommen. „Wir werden weiter dagegen arbeiten. Unbedingt.“ Zudem bekundeten Vertreter von CDU, CSU, SPD, Grüne und Linke ihre Solidarität mit Israel. Von der Bundesregierung waren Hubertus Heil, Klara Geywitz (beide SPD) und Lisa Paus (Grüne) vertreten. (kna öki 24.10.2024)
- **Irans Außenminister Hussein Amirabdollahian hat mit seinem Amtskollegen im Vatikan über den Krieg in Gaza telefoniert.** Das Gespräch habe auf Wunsch Teherans stattgefunden, teilte das vatikanische Presseamt mit. Der Außenbeauftragte des Papstes, Erzbischof Paul Richard Gallagher, habe die Sorge des Heiligen Stuhls über die Geschehnisse in Israel und Palästina zum Ausdruck gebracht und die „absolute Notwendigkeit“ bekräftigt, eine Ausweitung des Konflikts zu vermeiden und eine Zwei-Staaten-Lösung zu erreichen. Angesichts der Krise in Nahost bemühen sich unterschiedliche Akteure um Rückhalt des Heiligen Stuhls, dessen Stimme in internationalen Fragen moralisches Gewicht beigemessen wird.

Am 26. Oktober führte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan ein Telefonat mit Papst Franziskus. Ebenfalls in den vergangenen Tagen bemühte sich Israels Botschaft beim Heiligen Stuhl, ein Treffen von Angehörigen der israelischen Geiseln der Hamas mit dem Kirchenoberhaupt zu arrangieren. Der Vatikan steht mit fast allen Staaten des Nahen Ostens auf Botschafterebene in Kontakt. Der vatikanische Chefdiplomat Pietro Parolin hat die Absicht von Papst Franziskus bekräftigt, alles in seiner Macht Stehende gegen eine Eskalation zu unternehmen. Parolin betonte am 27. Oktober vor Journalisten, der Vatikan habe nie den Begriff „Waffenstillstand“ benutzt, sondern sich immer für humanitäre Hilfe im Gazastreifen und die Freilassung der rund 200 Geiseln, die von der Hamas verschleppt wurden, eingesetzt. Nachdrücklich verwies er auf die Not aller vom Krieg betroffenen Kinder. „Denken Sie daran, was mit den Kindern passiert ist, die von der Hamas getötet wurden, aber auch an die vielen Kinder, die unter den Bomben in Gaza sterben“, sagte der Kardinal. Der Heilige Stuhl setze

nach wie vor auf eine Zwei-Staaten-Lösung. „Viele glauben nicht mehr daran, auch aufgrund all der Entwicklungen, die stattgefunden haben. Für uns bleibt es die einzig gangbare Lösung, die eine Zukunft sichern könnte“, sagte Parolin. Befragt zu den jüngsten Telefonaten des Papstes mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und US-Präsident Joe Biden sagte Parolin, er kenne keine Einzelheiten. „Es gab Kontakte mit den USA, weil wir glauben, dass die USA in diesem Fall auch eine wichtige Rolle spielen können“, sagte er. US-Präsident Joe Biden sei besorgt über eine mögliche Eskalation. „Wir werden von Tag zu Tag bewerten, wie sich die Situation entwickelt, und auf dieser Grundlage wird es auch die Möglichkeit weiterer Kontakte geben“, sagte Parolin. Der Kardinalstaatssekretär erinnerte auch an die vom Krieg zerrüttete Ukraine und „die Tragödie“, mit der das Land konfrontiert sei. „Jetzt ist die Ukraine etwas aus dem Fokus geraten, aber wir werden sicherlich auch weiterhin an dieser Front arbeiten“, versicherte er. „Wir arbeiten weiterhin insbesondere an der humanitären Seite.“ Er verwies auf ein Treffen der „Friedensplattform“ von Präsident Wolodymyr Selenskyj an diesem Freitag in Malta, an dem auch der päpstliche Nuntius teilnehmen werde. Es sei notwendig, „alle einzubeziehen, um eine Lösung zu finden“. Auch andere Kirchenführer melden sich mit Appellen für den Frieden im Heiligen Land zu Wort. Der aufrichtige Dialog sei vielmehr das einzige Mittel, um Frieden und Gerechtigkeit in der Region durchzusetzen, mahnte am 24. Oktober bereits der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I.. „Genug ist genug, es ist genug Blut geflossen! Krieg ist keine Lösung!“, mahnte der Patriarch von Konstantinopel laut Pressedienst der Stiftung Pro Oriente bei einer Vesper in Istanbul zum Patronatsfest des Patriarchats von Jerusalem. Der Patriarch wies in diesem Zusammenhang auch alle Stimmen zurück, die einer intelligenten Kriegsführung das Wort reden würden. Dass dies nicht möglich sei, zeigten die zivilen Opfer. Die einzige intelligente Entscheidung wäre die Entscheidung zum Dialog. (kna öki 31.10.2024)

- **Der Weltgebetstag der Frauen steht in Deutschland 2024 unter einem besonderen Vorzeichen: Erstmals in seiner fast 100-jährigen Geschichte wird nicht die erarbeitete Gottesdienstvorlage zum Zug kommen.** Jedes Jahr stammt sie aus einem anderen Land, dieses Mal aus den Palästinensischen Gebieten. Die Vorstandsvorsitzende des deutschen Weltgebetstagskomitees, Ulrike Göken-Huisman, sprach gegenüber der KNA von einer der schwersten Entscheidungen ihres Lebens. Diese sei bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des deutschen Komitees am Donnerstagabend gefällt worden. Dem Beschluss seien intensive Debatten vorausgegangen, sagte sie. Auch aus den Reihen der Weltgebetstagsfrauen selbst habe es etliche Änderungswünsche gegeben. Der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR), hält das Material in Teilen für antisemitisch und machte dies Ende Oktober öffentlich. Daraufhin zog das deutsche Komitee bereits einige Materialien aus dem Verkehr, unter anderem das von der palästinensischen Künstlerin Alima Haziz gestaltete Titelplakat. Haziz steht unter Verdacht, sich mit dem Terror der Hamas gegen Israel solidarisiert zu haben. Göken-Huisman sagte, der Weltgebetstag am 1. März 2024 werde von Trauer und Klage über die „furchtbare Gewaltspirale“ im Nahen Osten geprägt sein. Ziel sei, „möglichst viele“ Bestandteile des vorbereiteten Gottesdienstes zu erhalten. Gerade jetzt sei es auch notwendig, den Erfahrungen palästinensischer Christinnen Gehör zu verschaffen. Dabei gelte es jedoch, „den Blick zu weiten“ und diese Stimmen „anders einzubetten“, so die katholische Theologin. Mit den Kritikern vom DKR sei außerdem eine Aussprache anberaumt. (kna öki 14.11.2023)
- **Bereits vor Reiseantritt nach Israel hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier betont, er besuche das Land, „um Israel unserer fortgesetzten Solidarität zu versichern - Solidarität nicht nur mit Israel als Opfer des Terrors, sondern auch mit Israel, das sich wehrt.“** Begleitet wird Steinmeier unter anderen von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. Schuster würdigte den Besuch in einem Gastbeitrag für den „Spiegel“ (26. November) als „bemerkenswerten Vorgang“, der ihn stolz auf seine Heimat Deutschland mache. Nach dem Bundeskanzler, der als erster westlicher Regierungschef in Israel gewesen sei, und der Außenministerin reise nun die dritte Delegation dorthin und drücke innerhalb kurzer Zeit „diese höchste Form der Verbundenheit mit dem Land und seinen Menschen“ aus. Deutschland setze hier hohe Standards - „und das ist gut so, blickt man doch auf die Wankelmütigkeit in vielen Teilen der vermeintlichen europäischen Wertegemeinschaft“. Steinmeier sagte in seiner vorab veröffentlichten Videobotschaft, seine Reise, die ihn auch nach Oman und Katar führt, sei notwendig. Er fahre in ein Land, das in den Augen der Welt inzwischen nicht mehr in erster Linie als verwundet und überfallen dastehe - „sondern ich fahre in ein Israel, das sich wehrt. Das um seine Existenz kämpft. Ein Israel, das für genau diese Gegenwehr immer mehr auch in der Kritik der Weltöffentlichkeit steht.“ Seit seiner Gründung vor 75 Jahren sei Israel immer

„bedroht in einer feindlich gesinnten Nachbarschaft“. Aber noch nie sei es so tief verwundet worden wie durch den Hamas-Terror am 7. Oktober. Das vielbeschworene „Existenzrecht“ umfasse konkret das Recht auf Selbstverteidigung, wenn die Existenz bedroht sei. Niemand könne Israel verwehren, den Terror entschieden zu bekämpfen. Dieser Kampf bringe jedoch auch großes Leid unter unbewaffnete Zivilisten, die geschützt und versorgt werden müssten: „Das verlangt das humanitäre Völkerrecht, und das erwarten auch wir Deutschen“, so Steinmeier. Für Deutschland stehe außer Frage, dass jedes Menschenleben gleich schwer wiege, ergänzte der Bundespräsident: „Unsere Anteilnahme gilt allen zivilen Opfern dieses Krieges.“ Aber politisch müsse man differenzieren und das Dilemma anerkennen, in dem Israel sich befinde: „Hamas unschädlich zu machen und zugleich Zivilisten zu schützen: das ist ein furchtbares Dilemma - ein Dilemma, das Hamas absichtlich herbeiführt, indem es Menschen als Schutzschilde missbraucht.“ Steinmeier betonte weiter: „Es kann keinen dauerhaften Frieden geben, solange Hamas für Israel eine mörderische Bedrohung bleibt. Gleichzeitig darf der Krieg, den Israel jetzt führt, nicht jede Chance auf eine Verständigung in der Zukunft vergiften.“ Einen Ausweg gebe es nur mit einer Politik, die „mehr Sicherheit für Israel und zugleich mehr Zukunftsperspektiven für die Palästinenser“ bieten könne - am besten in einer Zwei-Staaten-Lösung.

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas besuchte unter anderem den südisraelischen Kibbuz Kfar Azza. Für das, was sie vor Ort an Zerstörung gesehen habe, fehlten ihr die Worte, sagte die SPD-Politikerin zum Abschluss des Besuchs der KNA. In Begleitung ihres israelischen Amtskollegen Amir Ohana (Likud) und Vertretern der israelischen Armee besuchte Bas unter anderem einen Teil des Kibbuz, der vor allem von jungen Mitgliedern bewohnt wurde, „eine Generation, die für den Frieden gekämpft hat auf beiden Seiten und dann auf bestialische Seite niedergemetzelt wurde“, so Bas. Augenzeugenberichte von Oberst Golan Vach, Kommandeur der Such- und Rettungsaktionen im Süden Israels, und Fotos von teils grausam zugerichteten Leichen hinterließen sichtlich Spuren im Gesicht der Politikerin. Deutschland werde an der Seite Israels stehen und helfen, solange Israel diese Hilfe brauche und einfordere, so Bas weiter. (kna öki 28.11.2023)

- **29 antisemitische Vorfälle pro Tag und ein Anstieg von 320 Prozent: Das ist das Ergebnis eines neuen Berichtes zu Judenhass in Deutschland nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober.** Bis zum 9. November registrierte der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Rias) insgesamt 994 Vorfälle mit Bezug zu den Hamas-Massakern, wie aus dem am 28. November in Berlin veröffentlichten Bericht hervorgeht. Demnach waren es durchschnittlich 29 Vorfälle pro Tag. Es handele sich um einen Anstieg von 320 Prozent zum Jahresdurchschnitt von 7 Vorfällen am Tag 2022. Den Meldestellen des Verbandes werden auch Ereignisse gemeldet, die keine Straftaten sind. Das Aufkommen an Meldungen sei anhaltend hoch, hieß es. Berichtet werde vermehrt von Vorfällen an Orten des Alltags wie Nachbarschaft, Arbeitsplatz und Hochschulen. „Besonders verunsichernd sind Vorfälle im Wohnumfeld“, so Rias. Gemeldet worden seien 28 solcher Vorfälle. Der Verband nannte ein Beispiel: „In Gießen drangen zwei Männer gewaltsam in die Wohnung eines Israelis ein, um eine aus dem Fenster gehängte Israelflagge zu entfernen.“ Vermehrt werde an Hochschulen antiisraelische Propaganda verbreitet: Schmierereien, Versammlungen und Flyer. Insgesamt wurden laut Rias 37 antisemitische Vorfälle an Hochschulen dokumentiert. Jüdische Studierende berichteten, dass sie für das Verhalten Israels verantwortlich gemacht würden - und mieden daher die Hochschule. „Wenn jüdische Studierende dem Campus aus Sorge vor antisemitischen Erfahrungen fernbleiben, sind ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen, aber auch die Hochschulleitungen und organisierten Studierendenschaften in der Pflicht, mit aller Konsequenz gegen Antisemitismus vorzugehen“, forderte der Geschäftsführer des Rias-Bundesverbandes, Benjamin Steinitz. Die Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, Hanna Veiler, nannte die Zahlen erschreckend, aber nicht verwunderlich: „Junge Jüdinnen und Juden berichten seit dem 7. Oktober ununterbrochen, wie stark der Antisemitismus, den sie in ihrem alltäglichen Leben wahrnehmen, vor allem im universitären Kontext, zugenommen hat.“ Im Auswertungszeitraum wurden laut Bericht 177 antisemitische Versammlungen erfasst. „Die Verbreitung von Desinformation trägt zur Mobilisierung bei: Nachdem eine ungeprüfte Meldung über einen angeblichen Angriff der israelischen Armee auf das Al-Ahli-Krankenhaus am 17. Oktober verbreitet wurde, verdoppelte sich die Zahl antisemitischer Versammlungen zur Vorwoche auf 61“, hieß es. Die Meldestellen erfassen bundesweit judenfeindliche Vorfälle und vermitteln Betroffenen Unterstützung. In den Bericht flossen den Angaben zufolge Vorfälle aus dem ganzen Bundesgebiet und von Meldestellen in elf Bundesländern ein. Das Bundeskriminalamt hatte seit dem Terrorangriff bis Mitte November bundesweit rund 3.300 Straftaten mit Bezug

zum Nahost-Konflikt erfasst. Dabei handelt es sich Medienberichten zufolge vor allem um Sachbeschädigung, Volksverhetzung und Widerstandsdelikte. (kna öki 28.11.2023)

- **Palästinenserinnen haben den Weltgebetstag der Frauen 2024 vorbereitet. In Deutschland sorgt das vor allem seit dem 7. Oktober 2023 für Turbulenzen: Die einen wittern Antisemitismus, andere Verrat an den Glaubensschwestern in Nahost** (von Christoph Renzikowski). Den Heiligabend 2023 wird Ulrike Göken-Huisman so schnell nicht vergessen. Zuhause am Niederrhein, in Vorbereitung auf die Christmette, erreichte sie der Anruf einer guten Bekannten aus Bethlehem. Dort musste das Fest der Geburt Christi wegen des neu aufgeflamten Nahostkonflikts de facto ausfallen. Eine gute halbe Stunde hätten sie miteinander über die Lage im Heiligen Land gesprochen, sagt Göken-Huisman; das Gespräch habe sie bis in die Christmette verfolgt. Da hatte die katholische Vorstandsfrau des deutschen Komitees der Weltgebetstagsfrauen schon aufreibende Wochen hinter sich. Mit langem Vorlauf, wie es beim ökumenischen Weltgebetstag der Frauen (WGT) üblich ist, haben Christinnen aus Palästina von 2020 bis 2022 für den diesjährigen Gottesdienst am 1. März eine Vorlage und Begleitmaterialien erarbeitet. Am 21. September 2023 stellte Göken-Huisman das Programm mit ihrer evangelischen Vorstandskollegin Brunhilde Raiser und Gästen aus Palästina in Berlin vor. Ohne dass es zu nennenswerten Reaktionen kam. Das änderte sich schlagartig mit dem 7. Oktober, als Hamas-Terroristen in Israel ein Blutbad anrichteten. Kurz darauf sah sich der Weltgebetstag scharfen Vorwürfen bis hin zu Antisemitismusverdacht ausgesetzt. Die Veranstalterinnen gerieten unter Druck, von außen, aber auch aus den eigenen Reihen. „Kann man für Palästina beten, ohne sich damit gegen Israel zu stellen?“ Diese Frage stand auf einmal im Raum. Nicht nur in Deutschland. „Total polarisiert“ sei die Debatte gewesen, sagt Göken-Huisman im Rückblick. Und verhehlt nicht eine gewisse Enttäuschung darüber, dass manche Stellungnahme veröffentlicht wurde, bevor man miteinander geredet hatte. Zu den schärfsten öffentlich wahrnehmbaren Kritikern zählten die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit ihrer Zentrale, dem Deutschen Koordinierungsrat (DKR). In Teilen des WGT-Materials stecke „christlicher Antisemitismus schlimmster Art“, lautete dessen Urteil. Das beginne schon damit, dass Palästina als „Wiege des Christentums“ beschrieben werde, ohne zu erwähnen, dass Jesus Jude gewesen sei. Zudem habe sich die Künstlerin des Titelplakats, Halima Aziz, mit dem Terror der Hamas solidarisiert. Das Material müsse zurückgezogen werden, der Weltgebetstag dürfe so nicht stattfinden. Das deutsche WGT-Komitee reagierte umgehend und stoppte den Vertrieb des Plakats. Am 9. November wurde auch die schon in Umlauf gebrachte Gottesdienstvorlage einkassiert, um sie zu überarbeiten. Göken-Huisman spricht von „einer der schwersten Entscheidungen“ ihres Lebens. Dazu muss man wissen, dass es dabei gewissermaßen um das Markenzeichen des Weltgebetstags der Frauen geht: Ein einmal geplanter Gottesdienst wird an einem Tag im März überall auf der Welt in derselben Form gefeiert. Und das seit bald 100 Jahren. „Treue zur Ordnung“, nennen die WGT-Frauen das. Es folgten Wochen mit etlichen Gesprächen innerhalb der internationalen WGT-Bewegung und auch mit externen Kritikern. Ziel war, so viel wie möglich von der geleisteten Vorarbeit zu retten. Dafür habe sich das deutsche Komitee auf eine „Gratwanderung“ begeben, so die beiden Vorstandsfrauen. Auf der einen Seite wurden einige Einwände als berechtigt empfunden. Aus dieser Einsicht galt es nun Konsequenzen zu ziehen. Zugleich musste bei den „Glaubensschwestern in Palästina“ Überzeugungsarbeit geleistet werden, dass ihr vorbereitetes Material in Deutschland einiger Ergänzungen und behutsamer Korrekturen bedürfe. Am 13. Dezember räumte der deutsche WGT-Vorstand in einer Stellungnahme ein, dass diese Notwendigkeit „von manchen im In- und Ausland als Zensur oder gar Verrat an den palästinensischen Geschwistern gesehen“ werde. Und das auch noch zu einem Zeitpunkt, als sich die Lage seit dem 7. Oktober „nicht nur im Gazastreifen, sondern auch im Westjordanland und in Ostjerusalem dramatisch verschlechtert“ habe. Die Videokonferenzen mit den Palästinenserinnen seien mit das Schwierigste gewesen, erzählt Göken-Huisman. Während in Deutschland um einzelne Formulierungen gerungen worden sei, hätten Gesprächspartnerinnen aus dem Westjordanland berichtet, dass ihre Kinder inzwischen Gewitterdonner nicht mehr vom Knall explodierender Bomben unterscheiden könnten. Bei aller Wertschätzung sei das Verständnis für Belange in Deutschland an Grenzen gestoßen, sagt sie. Raiser ergänzt: „Nicht nur in Gaza, auch in der Westbank leben die Christinnen unter Extrembedingungen.“ Da sei es schlicht eine Überforderung, von ihnen zu verlangen, dass sie den jüdisch-christlichen Dialog in Deutschland aufnehmen müssten. Inzwischen liegt die Gottesdienstordnung auf Deutsch in ihrer aktualisierten Form vor. Mit einer Auflage von 550.000 Stück wird sie seit Anfang Januar verschickt, als Grundlage für Tausende ökumenischer Gottesdienste am 1. März. Plakat, Postkarten und Einladungsflyer

wurden neugestaltet. Zur Begründung heißt es, dass der Vorwurf der Hamas-Freundlichkeit gegen die palästinensische Gestalterin des ursprünglichen Motivs nicht habe ausgeräumt werden können. Zentrale Aussagen der Palästinenserinnen und auch von ihnen verwendete Reizwörter seien aber nicht geändert worden, betont Raiser. Zwei Fürbitten hat das deutsche Komitee eingefügt, „für alle, die seit dem 7. Oktober 2023 in Israel und Palästina in unvorstellbarem Ausmaß unter Terror, Not und Krieg und sexualisierter Gewalt leiden“, und „für Jüdinnen und Juden, die sich hier in Deutschland nicht sicher fühlen, die Drohungen und Anschlägen ausgesetzt sind“.

In Fußnoten, Vorworten und weiteren Erläuterungen zu Liedern und Texten werden Teile der laut gewordenen Kritik aufgenommen. Und in der Ansage zur Kollekte, bei der in Deutschland im Schnitt 2,5 Millionen Euro zusammenkommen, wird auf Beispiele der Zusammenarbeit von palästinensischen und israelischen Frauen verwiesen. Als Zensur wollen die deutschen Weltgebetstagsfrauen ihre Nacharbeit an den Vorlagen keinesfalls verstanden wissen. Sie sprechen von „Kontextualisierung für die spezielle deutsche Situation“. Dieses Vorgehen sei mit der internationalen Zentrale in New York und auch mit den Palästinenserinnen besprochen. Was nicht heißt, dass alle Differenzen untereinander ausgeräumt wurden. „Angesichts von Gewalt, Hass und Krieg in Israel und Palästina ist der Weltgebetstag mit seinem diesjährigen biblischen Motto ‚... durch das Band des Friedens‘ so wichtig wie nie zuvor“, sagt Brunhilde Raiser. „Der Terror der Hamas vom 7. Oktober jedoch und der Krieg in Gaza haben die Bereitschaft vieler Menschen in Deutschland weiter verringert, palästinensische Erfahrungen wahrzunehmen und gelten zu lassen. Die neuen Erläuterungen sollen jetzt dazu beitragen, die Worte der palästinensischen Christinnen trotz aller Spannungen hörbar zu machen.“ Es sei eine „wichtige demokratische Praxis, die andere Position auszuhalten“, fügt sie hinzu. Werde doch damit der Boden für Verständigung und Aussöhnung bereitet.

Zu welchem Ergebnis die Debatten im benachbarten Ausland führen, ist noch nicht völlig absehbar. Aus der Schweiz ist zu hören, dass einige Gemeinden ihre Kirchen für den diesjährigen Weltgebetstag der Frauen gar nicht erst öffnen wollen. In Österreich haben die Weltgebetstagsfrauen die palästinensische Gottesdienstvorlage in einen neuen Umschlag gepackt. (kna-HG 11.01.2024)

## **2. Aus der jüdischen Welt – Israel**

- **Volle Gleichberechtigung für die Christen in den Ländern des Nahen Ostens hat Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin gefordert.** Bei einem Gedenkgottesdienst für den in Syrien entführten und verschwundenen Priester Paolo Dall'Oglio sagte Parolin am 29. Juli in Rom: „Um mit den Menschen anderen Glaubens in einen ernsthaften Dialog einzutreten, dürfen wir niemals unsere Identität als Christen verstecken, sondern müssen sie in ihrer wahren Dimension zeigen.“ Wie „Vatican News“ weiter berichtet, ermutigte der Kardinal die Christen im Nahen Osten, „die Sprache des Himmelreiches, das heißt des Respekts und der Wertschätzung“ zu sprechen. Nur so könne die „Logik der Arroganz, des Stolzes, der Waffen, der Diskriminierung und des Krieges“ durch eine „Logik der Nächstenliebe und des Mitfühlens“ ersetzt werden. Die Christen sollten sich nicht als „Minderheiten“ begreifen, deren Existenz im Nahen Osten lediglich toleriert werde. Vielmehr seien sie „in Syrien, in Palästina, in Israel, im Irak und allen anderen Ländern der Region Bürger, deren Freiheiten garantiert werden müssen.“ Weiter sagte Parolin: „Sie sind vollwertiger Teil dieser Völker und haben stets engagiert und kompetent zu deren kultureller, wirtschaftlicher und politischer Entwicklung beigetragen.“ Anlass des Gottesdienstes in der römischen Kirche Sant'Ignazio di Loyola war das Gedenken an das Verschwinden des Jesuitenpaters Dall'Oglio in Syrien vor zehn Jahren. Er hatte sich in Syrien für den Dialog von Christen und Muslimen eingesetzt. Parolin erinnerte daran, dass im selben Jahr mehrere christliche Geistliche in Syrien entführt wurden und bis heute spurlos verschwunden sind. Unter anderem nannte er den griechisch-orthodoxen Metropoliten Boulos Yazigi und den syrisch-orthodoxen Metropoliten Youhanna Ibrahim. (kna öki 01.08.2023)
- **Vorsicht oder Schikane? Christen-Fest in Israel erneut verboten.** Die Feuerwehr in Israel hat Christen untersagt, am Wochenende das traditionelle Verklärungsfest auf dem Berg Tabor zu feiern. Nach Ansicht der Behörden sei der Standort der griechisch-orthodoxen Basilika nicht sicher für die Tausenden Pilger und Touristen, berichtete „Times of Israel“ (19. August). Ebenso sei der vorgelegte Brandschutzplan für die Kirche und das Gelände unzureichend. Damit wurde das Fest im zweiten Jahr in Folge verboten. Neben der griechisch-orthodoxen Kirche gibt es auf dem Berg Tabor auch eine römisch-katholische Basilika der Verklärung. Wadia Abu Nasser, ein Sprecher der christlichen Gemeinschaft in Israel, sagte der Zeitung „Ynet“, bei einem Treffen zwischen dem Orthodoxen Rat in Nazareth und den Behörden sei

vereinbart worden, dass die Veranstaltung stattfinden werde: „Wir haben erwartet, dass die Feuerwehr uns nach der Absage im letzten Jahr im Laufe des Jahres alle Sicherheitsanforderungen vorlegen würde, damit wir unser religiöses Ritual genauso abhalten können wie andere.“ Erst in letzter Minute hätten die Behörden der Kirche die Absage mitgeteilt. Der Vorsitzende des Regionalrats des Jesreel-Tals, Eyal Betzer, berichtete „Ynet“, das Innenministerium habe vorige Woche einen von ihm in Auftrag gegebenen Brandschutzplan genehmigt, die Feuerwehr habe den Plan jedoch einen Tag vor dem Feiertag abgelehnt. „Sie stellten plötzlich unvernünftige und unlogische Forderungen, die ich in so kurzer Zeit nicht erfüllen konnte“, sagte Betzer. „Dies ist ein empörender und völlig unnötiger Skandal, der Israel in den Augen der christlichen Welt schwer schadet.“ Auch der Vorsitzende der Vereinigung der Anbieter für Ausländertourismus (Israel Incoming Tour Operators Association), Yossi Fatal, sprach von einem „internationalen Skandal und einer Verletzung der Religionsfreiheit“. Die Angelegenheit spielen jenen in die Hände, die Israel als christenfeindliches Land darstellen wollten, sagte Fatal laut Ynet. Der 588 Meter hohe Berg Tabor in der Jesreel-Ebene gilt laut Bibel als die Stätte der Verklärung Christi. Die Kirche und das Franziskanerkloster auf dem Gipfel sind ein wichtiges Ziel von Pilgern und Touristen. 2019 entging die katholische Kirche knapp einer Katastrophe durch einen Waldbrand. Die Franziskaner warfen den Behörden vor, das Kloster jahrelang nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen zu haben. (kna öki 22.08.2023)

- **Am Josefsgrab in Nablus sind in der Nacht zum 31. August ein israelischer Offizier und drei weitere Soldaten durch einen Sprengsatz verletzt worden.** Der Sprengsatz wurde laut Angaben der israelischen Armee gezündet, als die Soldaten hunderte jüdische Gläubige an die Stätte im von Israel besetzten Westjordanland begleiteten. Die Armee teilte mit, sie werde die Besuche an der heiligen Stätte, die als Grab des biblischen Stammvaters Josef verehrt wird, weiter ermöglichen. Nach israelischen Medienberichten übernahm eine örtliche Gruppe des „Palästinensischen Islamischen Dschihad“ die Verantwortung für den Sprengsatz. Nach Angaben des palästinensischen Rettungsdienstes „Roter Halbmond“ wurden 39 Palästinenser bei Konfrontationen mit der israelischen Armee verletzt. Das Josefsgrab liegt offiziell in den unter palästinensischer Kontrolle liegenden A-Gebieten des Westjordanlands. Die israelische Armee koordinierte und sicherte bisher Besuche jüdischer Beter zu bestimmten Zeiten, wobei es häufig zu Zusammenstößen zwischen israelischen Soldaten und Palästinensern kommt. Zuletzt wurde Anfang des Monats ein 19-jähriger Palästinenser bei Zusammenstößen am Josefsgrab getötet. Den Osloer Verträgen aus den 1990er Jahren zufolge sollte das Grab als Enklave im palästinensischen Gebiet unter israelischer Verwaltung bleiben. Nach einem palästinensischen Angriff auf israelische Soldaten am Grab im Herbst 2000 gab die israelische Armee das Monument jedoch auf. Fromme Juden pilgern weiterhin zum Grab ihres Erzvaters, um dort zu beten. (kna öki 05.09.2023)
- **Eine Gruppe von rund 200 Gymnasiasten aus Tel Aviv hat angekündigt, den verpflichtenden Dienst in Israels Armee zu verweigern.** Damit protestiere man gegen die von der Regierung angestrebte Justizreform sowie die seit Jahrzehnten anhaltende Besetzung palästinensischer Gebiete, zitieren Medien aus einem Schreiben der Zwölfklässler des Hebräischen Gymnasiums Herzliya in Tel Aviv. Für den Schuljahresbeginn Anfang September kündigten sie zudem eine Protestaktion an, bei der unter anderem „alternative Klassen über echte Demokratie und Widerstand“ abgehalten werden sollen. Der Dienst in der Armee ist für israelische Juden verpflichtend. Die meisten nichtjüdischen Minderheiten in Israel sind ausgenommen. Eine Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen erkennt das Land nicht an. Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen müssen mit Militärhaft rechnen. (kna öki 05.09.2023)
- **Die Kirchen des Heiligen Landes haben entsetzt auf die Terrorattacken der islamistischen Hamas und die Ermordung und Entführung hunderter Israelis reagiert.** „Wir verurteilen einmütig alle Handlungen gegen Zivilisten, unabhängig von deren Nationalität, Ethnizität oder Glauben“, heißt es in einer Erklärung der Patriarchen und Kirchenoberhäupter Jerusalems. Solche Handlungen verstießen gegen fundamentale Prinzipien der Menschlichkeit und die Lehren Christi, der dazu aufgefordert habe, „deinen Nächsten wie Dich selbst“ zu lieben. Alle Parteien wurden zu einem umgehenden Ende der Gewalt aufgerufen. Die Politik sollte einen ernsthaften Dialog beginnen, der zu Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung „für die Menschen dieses Landes, die schon viel zu lange unter der Bürde des Konflikts gelitten haben“ führe. Auch der lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, rief in einer Erklärung zur Deeskalation und zur Bewahrung des Status quo der Heiligen Stätten auf. Ähnlich appellierte Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin, politische Lösungen im aktuellen

Nahost-Krieg zu finden. Andere Töne waren indes aus der palästinensischen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land (ELCHJL) zu hören. In einem offiziellen Statement zeigte sich die Kirche, die in Deutschland mit der EKD und dem Jerusalemsverein beim Berliner Missionswerk zusammenarbeitet, besorgt über die Ereignisse des Wochenendes. Man bete für die Familien unschuldiger Zivilisten, die ihre Angehörigen betraueren. Es sei jedoch auch wichtig, daran zu erinnern, dass der aktuelle Krieg seine Wurzeln in der Vergangenheit habe. „Er ist ein Symptom eines Volkes, das durch extensive und systematische Gewalt und Unterdrückung tief verwundet ist.“ Die ELCHJL werde sich weiter für die Rechte des palästinensischen Volks einsetzen und die Bereitstellung rechtzeitiger und zeitnaher Hilfe für alle diejenigen unterstützen, die vom Krieg betroffen sind, heißt es in dem Statement, das vom Bischof der Kirche, Sani-Ibrahim Azar, unterzeichnet wurde. In den sozialen Medien meldeten sich indes Führungspersonlichkeiten der Kirche mit noch deutlich einseitigeren Statements zu Wort. So verbreitete die für die englischsprachige Gemeinde dieser Kirche in Jerusalem zuständige, in Deutschland ausgebildete Pfarrerin Sally Azar in ihrer Instagram-Story ein Zitat der palästinensischen Aktivistin Mariam Barghouti: „Gaza brach gerade aus dem Gefängnis aus.“ Zudem kritisierte sie die Beleuchtung des Berliner Brandenburger Tores in den Farben Israels und fragte, wo dabei die Perspektive der Palästinenser sei. Und der Pfarrer von Bethlehem, Mitri Raheb, schrieb im sozialen Netzwerk Facebook, dass der hundertjährige Krieg um Palästina und das Palästinensische Volk mit all seiner militärischen Macht versagt habe. „Das Verlangen nach Freiheit ist stärker als der kolonialistische Sicherheitsstaat der Siedler.“ Die israelische Botschaft beim Heiligen Stuhl kritisierte dagegen die Mitteilung der Patriarchen und Kirchenführer Jerusalems. Sie sei „extrem enttäuschend und frustrierend“, schrieb die Botschaft auf X. Die Stellungnahme leide unter einer „unmoralischen sprachlichen Zweideutigkeit“. Bei der Lektüre könne man nicht verstehen, wer die Aggressoren und wer die Opfer waren“. Dabei erinnerte die Botschaft auch an das Schweigen von Papst Pius XII. (1939-1958) angesichts der Vernichtung von Juden im Zweiten Weltkrieg. Man habe den Eindruck, dass da jemand Jahrzehnte später noch immer nicht die Lektion aus diesem dunklen Kapitel gelernt habe, so die diplomatische Vertretung. (kna öki 10.10.2023)

- **Die deutschsprachigen Benediktiner auf dem Zionsberg in Jerusalem halten auch am 17. Oktober ein 24-stündiges Gebet um Frieden.** Sie folgen damit unter anderem dem Aufruf der katholischen Bischöfe des Heiligen Landes, den 17. Oktober als Tag des Gebets und Fastens zu begehen. „Nach dem Wort des emeritierten Patriarchen Michel Sabbah, dass die Kirche von Jerusalem immer die ‚Kirche unter dem Kreuz‘ ist, werden wir diesen Gebetstag vor und unter dem Kreuz in der Chor-Apsis begehen“, heißt es in der Einladung der Dormitio. Das Gebet, in dessen Zentrum die 150 Psalmen stehen, beginnt um Mitternacht und soll auch die Stundengebete der Mönchsgemeinschaft sowie eine abendliche Eucharistiefeier und ein stilles Gebet umfassen. Ängste und Klagen, Wut, Trauer, aber auch Sehnsucht, Hoffnung und letztlich Dank an Gott, die in den Psalmen enthalten sind, sollen „im Namen so vieler Menschen besonders in diesem Land“ laut ausgesprochen und vor das Kreuz getragen werden. Abschließend findet ein Taize-Gebet in der Nacht statt, das von den Studierenden des Theologischen Studienjahres an der Dormitio getragen wird. (kna öki 17.10.2023)
- **Der Großmeister der Grabesritter hat auf die vermittelnde Rolle von Christen im Heiligen Land hingewiesen.** Das christliche Zeugnis schlage sich auf keine Seite, so Kardinal Fernando Filoni vor Journalisten im Vatikan. Christen seien Vermittler zwischen den verschiedenen Realitäten, weil sie diese in ihre eigene Wirklichkeit miteinbezögen. Der Großmeister des Ordens der Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem erklärte zur aktuellen Situation, dass niemand Israel das Existenzrecht absprechen könne. Gleiches gelte für das palästinensische Volk. Keines dieser beiden Rechte sei dem anderen überlegen. Wenn die gegensätzlichen Sichtweisen nicht überwunden und die Rechte aller nicht respektiert würden, würden die derzeitigen Kämpfe nicht enden, so Filoni. Der Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem ist ein päpstlicher Laienorden mit Sitz im Vatikan. Er hat eigenen Angaben zufolge weltweit 30.000 Mitglieder, davon 1.460 in Deutschland. Als seine Hauptaufgabe sieht er die Unterstützung der Christen im Heiligen Land. (kna öki 07.11.2023)
- **Waffenstillstand im Gazastreifen, Freilassung der von der Hamas entführten israelischen Geiseln und eine politische Lösung des Nahost-Konflikts: Das sind die Forderungen von 35 jüdischen und arabischen Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Israel.** „Es ist offensichtlich, dass es keine militärische Lösung für diesen Konflikt gibt und auch niemals geben kann“, heißt es laut der Zeitung „Haaretz“ in einem Offenen Brief der Organisationen vom 6. November. Das brutale Massaker der Hamas vom 7. Oktober sei durch weitere Gräueltaten ergänzt worden, bei denen Tausende Menschen durch israelische

Bombenangriffe im Gazastreifen getötet wurden und immer noch getötet werden, so der Brief. „Das Verletzen Unschuldiger auf der einen Seite gleicht den Schmerz des Tötens auf der anderen Seite nicht aus - es fügt nur noch mehr Schmerz hinzu.“ Das Blutvergießen stoppen könnte nach Ansicht der Verfasser nur ein politisches Abkommen, das beiden Nationen Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit garantiert. Israel müsse einen stabilen Waffenstillstand anstreben, um dann unmittelbar Verhandlungen über eine politische Lösung aufzunehmen, die auf „der gegenseitigen Anerkennung des Rechts beider Völker auf Selbstbestimmung beruht“. Ferner fordern die Unterzeichner, darunter die Gruppe „Rabbiner für Menschenrechte“ und die linke jüdisch-arabische Partei „Chadasch“, ein umfassendes Gefangenensabkommen und das Ende der Siedlergewalt in den besetzten Gebieten. Es müsse darum gehen, „in Gedenken an die Ermordeten und um der Lebenden willen“ gemeinsam für ein Ende des Kriegs zu arbeiten. (kna öki 07.11.2023)

- **Im Streit um einen umstrittenen Pachtvertrag zwischen dem armenischen Patriarchat und einem jüdisch-australischen Privatinvestor ist es am Sonntag zu Auseinandersetzungen in der Jerusalemer Altstadt gekommen.** Bewaffnete Siedler mit Kampfhunden besetzten nach Angaben der Aktivistengruppe „Rettet das armenische Viertel“ einen als „Kuhgarten“ bekannten Garten im armenischen Altstadtviertel. Rund 200 Bewohner des Viertels, darunter der armenische Patriarch Nourhan Manougian, versammelten sich ebenfalls auf dem Gelände. Die armenischen Aktivisten versuchten nach eigenen Angaben, einen „weiteren illegalen Abriss der Innenmauern des Kuhgartens zu verhindern“. Demnach hatte eine Gruppe bewaffneter jüdischer Israelis im Namen des Pächterunternehmens Xana das betreffende Grundstück eingefordert und die versammelten Armenier bedroht. Nach Angaben von Augenzeugen schritt die Polizei nicht ein. Der sogenannte Kuhgarten, der derzeit als Parkplatz genutzt wird, ist Teil von dubiosen Pachtverträgen des armenischen Patriarchats. Am 2. November hatte dieses mitgeteilt, es habe den Pächter Ende Oktober über eine entsprechende Aufhebung des Vertrags informiert. Die Aktivisten sprachen auf Facebook von einem Meilenstein im Kampf um den Erhalt des Viertels. Einer der Anwälte der armenischen Gemeinschaft, Eitan Peleg, bezeichnete das Eindringen der Bewaffneten mit Kampfhunden als „Vergeltung für die Vertragsaufhebung“. Das israelische Recht lasse den Rücktritt von einem Vertrag zu, wenn es ausreichende Gründe gebe, sagte er vor Pressevertretern. In diesem Fall handele es sich um einen rechtswidrigen Vertrag, so der Anwalt. Details wollte er nicht nennen. Bei den Pachtverträgen geht es um die mögliche Nutzung von 11.500 Quadratmetern Land für den Bau eines Luxushotels. Die Fläche macht rund ein Fünftel des armenischen Viertels in der Jerusalemer Altstadt aus. Eine Kommission US-amerikanisch-armenischer Rechtsexperten hatte im Juli erhebliche Mängel an dem Pachtvertrag festgestellt, der bis zu 98 Jahre Laufzeit haben soll. In ihrem Bericht verwies sie auf diverse formale Unregelmäßigkeiten. Der Vertrag stieß in der armenischen Gemeinschaft Jerusalems auf starken Widerstand. Aus Sicht der Kritiker würde die Umsetzung der Pläne eine dauerhafte Veränderung der armenischen und christlichen Präsenz in Jerusalem bedeuten. Letztliches Ziel der treibenden jüdischen Kräfte hinter dem Pachtvertrag – so ein weiterer Befund des Kommissionsberichts – sei die Schaffung einer direkten Verbindung von Westjerusalem zum jüdischen Altstadtviertel und der Klagemauer. (kna öki 07.11.2023)
- **Papst Franziskus hat mit dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi telefoniert.** Das Gespräch bestätigte der Vatikan, ohne auf Inhalte einzugehen. Laut Mitteilung auf der Website des iranischen Präsidenten ging es in dem Gespräch um den Krieg im Nahen Osten. Raisi habe in diesem Zusammenhang den Papst-Appell für einen Waffenstillstand gelobt, hieß es weiter. Diesen Appell habe das katholische Kirchenoberhaupt im Telefonat bekräftigt. Wie schon in der Woche zuvor hatte Franziskus bei seinem Mittagsgebet auf dem Petersplatz eine Feuerpause gefordert. Zudem verlangte er die Möglichkeit humanitärer Hilfslieferungen in den Gazastreifen und die sofortige Freilassung aller von der Hamas festgehaltenen Geiseln. Bereits zuvor hatte der päpstliche Außenbeauftragte, Erzbischof Paul Richard Gallagher, mit dem iranischen Außenminister Hussein Amirabdollahian telefoniert. Teheran hatte um das Gespräch gebeten. (kna öki 07.11.2023)
- **Das Oberhaupt der größten christlichen Kirche im Libanon, Kardinal Bechara Rai, hat den Krieg im Gazastreifen als Völkermord verurteilt.** Der brutale Krieg, die Belagerung und die Vertreibung seien „eine Schande auf der Stirn dieser Generation und der Führer dieses Krieges“, sagte der maronitische Patriarch laut Bericht des arabisch-christlichen Portals „Abouna“ in seiner Sonntagspredigt an seinem Amtssitz in Bkerke nördlich von Beirut. Rai sprach von einer „gezielten Zerstörung von Häusern, Schulen, Krankenhäusern, Kirchen und Moscheen mit dem Ziel, die Palästinenser aus ihrem Land zu vertreiben und ihre Sache nach

75 Jahren zu beseitigen“. Der Krieg habe bereits mehr als 11.000 Opfer gefordert, darunter knapp die Hälfte Kinder. 1,5 Millionen Menschen seien vertrieben worden, so der Kardinal. Das Oberhaupt der größten christlichen Kirche im Libanon versicherte die Palästinenser seiner Solidarität. Rai forderte die internationale Gemeinschaft auf, „einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand zu verhängen und Verhandlungen für eine politische Lösung einzuleiten“. Rai hatte zuvor die politische Führung des Libanon aufgerufen, eine militärische Verwicklung des Landes in den Krieg zwischen der Terrororganisation Hamas und Israel zu verhindern. In einer Rede mahnte er am 6. November, der Libanon solle eine diplomatische Rolle bei der Unterstützung der palästinensischen Sache spielen. Dabei verurteilte der Patriarch einen israelischen Luftschlag, bei dem am Vortag Berichten zufolge nahe der südlibanesischen Gemeinde Ainata eine Frau und drei Kinder getötet worden waren, als „Massaker“. Rai rief alle Konfliktparteien auf, das Feuer einzustellen. Zugleich erklärte sich der Geistliche solidarisch mit den Palästinensern. (kna öki 14.11.2023)

- **Die katholischen Bischöfe der Europäischen Union rufen die EU-Länder dazu auf, „eine erneuerte Vision für Gerechtigkeit und Frieden anzubieten“.** So steht es in der Schlusserklärung der Herbstvollversammlung 2023 der Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen COMECE, die vergangene Woche in Brüssel stattfand. Antisemitismus verurteilen die Bischöfe in ihrer Stellungnahme auf das Schärfste, wie das Portal „Vatican News“ berichtet. In ihrer Mitteilung spricht die EU-Bischofskommission von tiefer Sorge über die schwerwiegende Verschlechterung der internationalen Sicherheit und des Friedens. Russlands Krieg gegen die Ukraine, der Schmerz des armenischen Volkes im Kaukasus und das Leid der Zivilbevölkerung in Israel und Palästina führten zu internationaler Polarisierung und regionaler Instabilität, was auch die europäischen Gesellschaften zu spüren bekämen. Ängste würden geschürt, Dialog geschwächt und der soziale Zusammenhalt bedroht, heißt es in der COMECE-Mitteilung. Zuvor hatten die christlichen Kirchen in Europa einen Waffenstillstand an allen Fronten in Nahost, Gerichtsverfahren für Terroristen, den Schutz aller Zivilisten sowie die Öffnung humanitärer Korridore für die Versorgung und Evakuierung in einem gemeinsamen Aufruf gefordert. In einem veröffentlichten Schreiben rufen die Spitzen von Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) die Internationale Gemeinschaft auf, sich zu mobilisieren im Rahmen des Völkerrechts und von UN-Resolutionen. Ziel müsse die Aufnahme ernsthafter Verhandlungen sein, „um einen dauerhaften Frieden in Wahrheit und Gerechtigkeit zu schaffen“. Man bete und hoffe auf einen Dialog, „der die Menschenwürde aller wahrt und ein friedliches Zusammenleben der beiden Völker in zwei Staaten ermöglicht“. In der gemeinsamen Erklärung äußern sich die christlichen Kirchenvertreter „fassungslos und entsetzt“ über die Gewalt und Grausamkeit der Hamas-Terroristen beim Angriff auf Israel am 7. Oktober. Allen Getöteten, Verletzten und deren Angehörigen bekunden sie Mitgefühl: „Unsere Gedanken gelten den Geiseln und ihren Familien.“ Zugleich verweisen die Spitzen von KEK und CCEE auf den „historischen Kontext von Kolonialismus, Antisemitismus und Islamophobie, die zu der gegenwärtigen Situation geführt haben“. Auf beiden Seiten gebe es „unermessliches Leid“, halten die Kirchenvertreter fest. Die ernste Situation der Menschen in Gaza, in ihren Grundrechten eingeschränkt seien und Ungerechtigkeiten zu erleiden hätten, „dauert schon zu lange an“. Weiter heißt es in der Erklärung wörtlich: „Wir sind tief traurig über die Zerstörung heiliger Stätten, die traditionell als Orte der Zuflucht gelten. Wir stehen in Solidarität mit denjenigen in Israel und Palästina, die sich für den Frieden einsetzen, und wir bekräftigen, dass Gewalt kein Mittel zur Verteidigung einer Sache sein kann. Die Zerstörung von Leben bringt keine Freiheit, keine Wahrheit und keine Gerechtigkeit.“ Verfasst wurde das Schreiben bei der jüngsten Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses von CCEE und KEK, die in Belgrad stattfand. Die KEK-Delegation wurde angeführt von ihrem Präsidenten, dem orthodoxen Erzbischof Nikitas (Loulas), der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen von CCEE-Präsident Gintaras Grusas, dem Erzbischof von Vilnius. (kna öki 14.11.2023)
- **Erneut ist es zu Angriffen auf das Armenische Patriarchat von Jerusalem gekommen.** Am 28. Dezember um die Mittagszeit griffen etwa 30 maskierte und schwarz gekleidete Attentäter, die Skimasken trugen, armenische Geistliche, Diakone, Seminaristen und Zivilisten im sogenannten „Kuhgarten“ neben dem Patriarchat im südwestlichen Teil des armenischen Viertels an. Die mit Stöcken, Tränengasgranaten und Steinen bewaffneten Personen attackierten Armenier, die den „Kuhgarten“ des Patriarchats gegen eine mögliche Provokation durch den israelisch-australischen Bauunternehmer Danny Rothman und seinen Partner George Warwar bewachten. Rothman und Warwar waren verärgert darüber, dass das armenische Patriarchat vor kurzem seine Unterschrift unter einem Pachtvertrag zurückgezogen hatte, der es dem australischen Bauunternehmer erlaubte, ein Luxushotel im „Kuhgarten“ zu

bauen. Nach Aussage von Bischof Koryun Baghdasaryan, dem Leiter der Immobilienabteilung des Patriarchats, wurden mehrere schwerverletzte Armenier ins Krankenhaus gebracht und zwei armenische Zivilisten verhaftet.

Über den Vorfall hatten zuerst die „Jerusalem Post“ und die armenische Webseite „Israelahayer.com“ berichtet. Laut „Jerusalem Post“ nahm die Polizei auf beiden Seiten Verhaftungen vor, während „Israelahayer“ lediglich zwei verhaftete armenische Zivilisten erwähnte. Nach Angaben der „Post“ handelte es sich bei den Angreifern um muslimische Araber. Das armenische Organ benannte die Angreifer nicht. In einer Erklärung des Patriarchats heißt es: „Dies ist die Antwort, die wir für die Einreichung einer Klage beim Jerusalemer Bezirksgericht in der Kuhgarten-Angelegenheit erhalten haben.“ Es ist nicht das erste Mal, dass es in der Altstadt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Pachtvertrag zwischen dem Patriarchat und dem jüdisch-australischen Privatinvestor kommt. Die Diözese der Armenisch-Apostolischen Kirche in Deutschland erklärte zu dem Vorfall, dieser müsse durch Polizei und Regierung umfassend untersucht werden, um die Hintergründe zu klären. Die armenische Gemeinschaft kämpfe nicht nur um ihre Rechte, sondern auch um ihre Existenz in dem als „Kuhgarten“ bekannten Bereich im Südwesten der Altstadt. Die Armenier rufen daher die Weltgemeinschaft dazu auf, ihnen beizustehen und das armenische Viertel vor einem gewaltsamen Untergang zu bewahren. (kna-HG 04.01.2024)

- **Der koptische Papst Tawadros II. hat in scharfen Worten „Israels Brutalität gegen die Palästinenser im Gazastreifen“ und in den besetzten Gebieten verurteilt und zu einem sofortigen Waffenstillstand aufgerufen.** „Die Nachrichten über das, was im Land Palästina geschieht, sind äußerst schmerzhaft“ und „eine Abkehr von der Menschlichkeit“, sagte der Primas der Koptisch-Orthodoxen Kirche am 6. Januar in einem Interview mit dem „Information and Decision Support Centers“ der ägyptischen Regierung (IDSC). „Die Angriffe sind brutal, hart und bedauerlich. ... Was wir in den besetzten palästinensischen Gebieten erleben, ist eine Abkehr von der Menschlichkeit“, betonte er. „Die Kinder haben sehr viel gelitten und werden traumatisiert aufwachsen“, fügte er hinzu. „Selbst Tiere tun so etwas nicht. Tiere quälen sich nicht gegenseitig auf diese Weise“, konstatierte das Kirchenoberhaupt. Zugleich kritisierte er „die internationale Gemeinschaft, die von Fortschritt und technologischem Fortschritt schwadroniert und in Fragen der Menschenrechte immer mit hochtrabenden Worten spricht, sich aber angesichts der verstörenden Bilder, die wir sehen, kein Jota bewegt“. Er brachte aber auch seine Hoffnung zum Ausdruck, dass ein vollständiger Waffenstillstand erreicht wird und der Wiederaufbau des Gazastreifens bald beginnt. Die orientalisch-orthodoxen Kopten stellen die größte christliche Gemeinschaft in Ägypten. Angaben über Mitgliederzahlen schwanken zwischen acht und zwölf Millionen unter den rund 100 Millionen Einwohnern des Landes. (kna-HG 11.01.2024)
- **Zum Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Israel meint Menachem Z. Rosensaft in der „Jüdischen Allgemeinen“:** „Südafrikas Behauptung, Israel verübe im Gazastreifen einen Völkermord, sollte vom Internationalen Gerichtshof (IGH) zurückgewiesen werden. Denn nach der UN-Völkermordkonvention von 1948 setzt die Feststellung eines Genozids die Absicht voraus, ‚eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten‘. Mit anderen Worten: Die Vernichtung einer solchen Gruppe – in diesem Fall die Palästinenser im Gazastreifen – müsste das eigentliche Ziel des israelischen Vorgehens sein. Das ist eindeutig nicht der Fall. Die verantwortlichen politischen und militärischen Führer Israels stellen weder die Präsenz der Palästinenser in Gaza infrage noch verweigern sie humanitäre Hilfslieferungen an die Zivilbevölkerung in der Küstenenklave. Bestimmte Aussagen der ultranationalistischen, rechtsextremen Minister Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich zum Gegenteil sind zwar problematisch. Aber sie repräsentieren nicht die Position der israelischen Regierung. In der Rechtssache Bosnien-Herzegowina vs. Serbien stellte der IGH 2007 fest, dass ein bestimmtes ‚Verhaltensmuster‘ nur dann als Beweis für einen Genozid gelten kann, wenn ihm ‚Absicht‘ zugrunde liegt. Israels Absicht in Gaza besteht jedoch darin, die Terrororganisation Hamas daran zu hindern, ihrerseits völkermörderische Absichten gegen die israelische Zivilbevölkerung zu verwirklichen. (kna-HG 18.01.2024)
- **Die Anklage gegen Israel wegen Völkermords an Palästinensern vor dem Internationalen Strafgerichtshof nennt Bret Stephens in der „New York Times“ schlicht „obszön“:** „(...) Sie ist obszön, weil sie unser Verständnis von Völkermord politisiert und die moralische Kraft des Begriffs auf fatale Weise untergräbt. Der Krieg zwischen Israel und der Hamas ist schrecklich - wie jeder Krieg. Aber wenn dies ein Völkermord ist, welches Wort haben wir dann für die Killing Fields in Kambodscha, Stalins Holodomor in der Ukraine oder den Holocaust selbst? Worte, die viel mehr bedeuten, als ursprünglich beabsichtigt,

bedeuten schließlich fast gar nichts mehr - ein Sieg für künftige Völkermörder, die die Welt glauben machen wollen, dass es keinen moralischen oder rechtlichen Unterschied zwischen einer Art des Tötens und einer anderen gibt. Es ist obszön, weil es die Definition von Völkermord pervertiert, die präzise ist: ‚Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten‘. Zu beachten sind zwei wesentliche Merkmale dieser Definition: Diese spricht von Handlungen, während ein Teil der Völkermordanklage gegen Israel auf der Fehlinterpretation von Zitaten israelischer Beamter beruht, die die Vernichtung der Hamas und nicht die Vernichtung der Palästinenser gelobt haben. Und sie verwendet den Begriff ‚als solche‘ - was bedeutet, dass die Taten nur dann völkermörderisch sind, wenn sie sich gegen Palästinenser als Palästinenser richten, nicht als Mitglieder der Hamas oder, was besonders herzerreißend ist, als Kollateralschäden bei Versuchen, die Hamas zu zerstören. (...)“ (kna-HG 18.01.2024)

### 3. Personen

- **Harry Schnabel**, Mitglied im Vorstand der Jüdischen Gemeinde Frankfurt und im Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland, ist tot. Er starb am 7. September unerwartet im Alter von 67 Jahren. Schnabel habe sich in der Jüdischen Gemeinde Frankfurt und in vielen jüdischen Organisationen engagiert und sie mit aufgebaut. Der Zentralrat würdigte unter anderem Schnabels Einsatz für den Sportverband Makkabi und die Jüdische Akademie. (kna öki 12.09.2023)
- **Philipp Hildmann (50)** übernimmt zum 1. Oktober die Geschäftsführung beim Bayerischen Bündnis für Toleranz. Der gebürtige Erlanger hat evangelische Theologie studiert und ist Doktor der Literaturwissenschaft. Hildmann tritt die Nachfolge des Münchberger Politologen Martin Becher an. Das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ wurde 2005 auf Initiative der beiden großen christlichen Kirchen mit den Israelitischen Kultusgemeinden, dem bayerischen Innenministerium und dem DGB gegründet. (kna öki 10.10.2023)
- **Shmuel Havlin (38) ist neuer Militärrabbiner für Norddeutschland.** Er wurde in Hamburg offiziell in sein Amt eingeführt, wie eine Sprecherin der Bundeswehr in der Hansestadt mitteilte. Er sei der erste von künftig zwei Rabbinern, die von Hamburg aus für knapp 60 Dienststellen in ganz Norddeutschland zuständig seien. (kna öki 24.10.2024)
- **Der Historiker und Publizist Michael Wolffsohn erhält den Israel-Jacobson-Preis.** Die Verleihung findet am 19. November in Berlin statt, wie die Union progressiver Juden in Deutschland am 17. Oktober in Bielefeld mitteilte. Die Laudatio hält der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz. Der 76-jährige Wolffsohn verdiene den undotierten Preis für seinen Einsatz für die deutsch-jüdischen Beziehungen auf staatlicher, politischer, wirtschaftlicher und religiöser Ebene, hieß es zur Begründung. Er sei ein streitbarer, aber zuverlässiger Partner der jüdischen Gemeinschaft. Der Preisträger warnte in der Vergangenheit etwa vor drei Quellen des Antisemitismus: Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus. (kna öki 24.10.2024)
- **Shlomo Avineri**, einer der bislang führenden Politikwissenschaftler Israels und Wegbereiter des israelisch-ägyptischen Friedens 1979, ist am 1. Dezember im Alter von 90 Jahren gestorben. 1933 als Jerzy Wiener in Polen geboren, wanderte Avineri 1939 mit seiner Familie ins damalige Mandatsgebiet Palästina aus. Der Politikwissenschaftler an der Hebräischen Universität Jerusalem war bekannt für seine Forschungen über Marx und Hegel. (kna öki 05.12.2023)
- **Isaac Arazi**, früherer Leiter der jüdischen Gemeinde im Libanon, ist am 26. Dezember im Alter von 80 Jahren gestorben, wie der libanesische jüdische Gemeinderat mitteilte. **Heute leben knapp 30 Juden im Libanon.** (kna-HG 04.01.2024)
- **Dincer Gücyeter (45)**, Autor, erhält den mit 5.000 Euro dotierten Else-Lasker-Schüler-Lyrikpreis 2024. Sein Werk stehe für interkulturelle Toleranz im Sinne Lasker-Schülers, die stets für eine Versöhnung zwischen Juden, Christen und Muslimen eingetreten sei, teilte die Lasker-Schüler-Gesellschaft mit. Der mit 2.000 Euro dotierte Lasker-Schüler-Lyrikförderpreis geht 2024 an die Dichterin Sarah Kiyarad (38), wie es hieß. (kna-HG 11.01.2024)

- **Thomas Bareiß (48)**, CDU-Bundestagsabgeordneter und verkehrspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, will eine Auszeit in der Jerusalemer Dormitio-Abtei nehmen. Die vergangenen Jahre hätten Spuren bei ihm hinterlassen, schrieb Bareiß an Freunde, Parteigremien und Kollegen. (kna-HG 18.01.2024)

#### 4. Bücher

- **Pinchas Lapide (1922-1977) bezeichnet Jesus einen „Menschenbruder, der in einer Welt voll Unmenschlichkeit ein vorbildliches Jude sein vorgelebt hatte.“** Doch Christen hätten „sein Kreuz umgedreht“ und ein „Schwert daraus gemacht“, womit sie die Juden schlugen (zitiert nach André Schwarz-Bart). Die vielen Verfolgungen im Mittelalter führten – emotional bedingt – zu negativen Bildern über „diesen Mann“ (Jesus) im jüdischen Schrifttum, die jedoch der vielen verzerrten christlichen Bilder über die Juden Zahlen gemäß nicht gleichkommen. Denn etliche Talmudgelehrte entdeckten schon früh im Heiland der Christen einen „rabbini- pharisäischen Kollegen“. Gegen polemische Disputationen, bei denen sie stets unterlagen, so wie Zwangstaufen wehrten sich die Juden durch Angriffe auf christliche Dogmen. Doch allmählich gewannen sie Überblick, um die Christologie von der Person des „nur Juden“ Jesus zu trennen. Man begann auch, in dem von der römischen Fremdherrschaft geschundenen und gekreuzigten ehemaligen Landsmann ein Sinnbild des jüdischen Leidens zu sehen. Rückblickend legt der Dichter Salman Schneur (1887-1959) einem zwangsge- taufenen Juden auf dem Scheiterhaufen die letzten Worte in den Mund: „Oh Mann von Nazareth, Jesus, mein guter Bruder, (...) heute ist Henriques an der Reihe, bald bist du dran, mein Jesus.“

Große jüdische Gelehrte vermieden eine schwarz-weiß Malerei und dachten differenziert über das Christentum nach. Die beiden „Leuchten“ des jüdischen Mittelalters, Jehuda Halewi (1075-1141) und Maimonides (1135-1204), beurteilten aufgrund von Ezechiel 37, 17 („Dann füge sie dir, eins zum anderen, zu einem einzigen Holz zusammen, das sie eins werden in deiner Hand“) das Christentum sowie den Islam als „heilsgeschichtliche Vorstufen auf dem Weg zur endgültigen Erlösung der Menschheit“. Das Reformjudentum im 19. Jahrhundert „öffnete die Tore für die Heimholung Jesu in sein angestammtes Judentum“, nicht zuletzt durch die zeitgenössische historische Bibelkritik angespornt. Doch auch diese „Heimholung“ war nicht ohne Apologetik, es kam vereinzelt sogar zu einer jüdischen Vereinnahmung des historischen Jesus. Erst in der neueren Zeit wurde ein ausgeglichener christlich-jüdischer Dialog erreicht, mit vollem gegenseitigem Respekt für die Religion des Dialogpartners.

Pinchas Lapide war ein bedeutender „Fackelträger“ dieses Gesprächs. Der angenommene Name des gebürtigen Wieners Pinchas Erwin Spitzer sei programmatisch, „Lapide“, auf die „brennenden Fackeln“ bei der Sinai Offenbarung hindeutend, so Sohn Yuval im Vorwort. Der Autor bezeichnet sein Buch als ein „Zwiesgespräch, in dem keiner recht hat, keiner siegt noch den anderen bekehrt, aber beide voneinander lernen.“ Denn „alles Reden von Gott“ bleibt bloß „ein hilfloses Stammeln unterwegs zu Ihm.“ Das meinte auch der hellenistische Diasporajude Paulus von Tarsus: „Jetzt schauen wir in einen Spiegel und sehen nur rätselhaft Umriss“ (1. Korinther 13, 12).

Den Völkerapostel deuten die meisten Forscher ungenau. Denn Paulus stand – um andere Thesen zu widerlegen - noch auf jüdischem Boden, und zwar im Sinne des Messianismus. Er war von der Wiederkunft Jesu noch zu seinen Lebzeiten überzeugt, wodurch die von Jesaja besagte Endzeit verwirklicht werde. Auch seine Worte über das „Ende des Gesetzes“ sind jüdisch messianisch, denn der Ankunft des Gesalbten werde die Tora durch die endgültige Gottesherrschaft ersetzt. Er, der den historischen Jesus nicht kannte, verkündete den eschatologischen Messias und dessen Neuankunft, um die Gottesschau „Angesicht zu Angesicht“ (ebenda) zu erfüllen. Sein Streben war auf eine von Israel ausgehende nahe Eschatologie gerichtet, in der „auf dem Berg des Herrn“ die erlöste Menschheit vereint „ihre Schwerter in Pflugscharen“ umschmiedet (vgl. Jesaja 2, 2-4). Das zu erwartende Gottesreich ist noch immer nicht angebrochen. Doch der messianisch beflügelte Eifer des Paulus legte die Grundfeste der Weltreligion der Christen, im Glauben an den einen Gott Israels verbunden mit dem Judentum.

**Pinchas Lapide: „Ist das nicht Josephs Sohn?“ – Jesus im heutigen Judentum –, neu herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Yuval Lapide, Nachwort von Deborah Lapide, Münster 2023. ISBN 978-3-643-15369-2. 19,80 EUR. (kna öki 05.09.2023)**

- **Im von vielen Stammesreligionen beherrschten alten Orient hat sich das kleine jüdische Volk zum Glauben an den einen universalen Schöpfergott entwickelt, schrieb Martin Buber (1878–1965).** Denn „der Heilige Israels ist dein Erlöser, / Gott der ganzen Erde wird er

genannt“ (Jesaja 54,5). Auch der große Brückenbauer des christlich-jüdischen Dialogs, Schalom Ben Chorin (1913–99), erklärte, dass die Erwählung des Volkes Israel nur in Verbindung mit Jesaja 49, 6-7 zu verstehen sei: „Es ist zu wenig, dass du mein Knecht bist, / nur um die Stämme Jakobs wieder aufzurichten / und die Verschonten Israels heimzuführen. Ich mache dich zum Licht der Nationen; damit mein Heil bis an das Ende der Erde reicht. So spricht der Herr, der Erlöser Israels, sein Heiliger.“ Israel sei zum Gottesknecht erkoren worden, um eine anvertraute Aufgabe zu erfüllen: „Siehe, das ist mein Knecht, den ich stütze; / das ist mein Erwählter, an ihm finde ich Gefallen. Ich habe meinen Geist auf ihn gelegt, / er bringt den Nationen das Recht“ (Jesaja 42, 1).

**Der Historiker Michael Wolffsohn (Jg. 1947) veranschaulicht in seinem Buch „Eine andere jüdische Weltgeschichte“** das im biblischen Mythos keimende Volkswerden und die gesellschaftliche Entwicklung im Judentum vom Gesichtspunkt der geschichtlichen Wirklichkeit. Nach biblischem Bericht werden die befreiten hebräischen Sklaven bei der Sinai Offenbarung zu einer dem göttlichen Gesetzeskodex unterstellten Volksgemeinschaft. Wolffsohn erläutert: „Der Bund Gottes mit Noah ist Gottes Bund mit der Menschheit. Gottes Bund mit Abraham der Bund mit seinem Volk.“ Die Bibel berichtet, dass Gott seinem auserwählten Volk auch ein Land verheißt. Keine Nation entfaltet sich ohne einen festen Boden unter den Füßen. Doch Israels Geschichte verläuft auf zwei Ebenen, im Mutterland und in der „Galut“, im Exil. Und gerade in der Fremde macht die geistige Entfaltung des Judentums einen Sprung nach vorne. Nach der militärischen Niederlage und der Vernichtung des Ersten Tempels von Jerusalem (536 v. Chr.) wurde die jüdische Oberschicht nach Babylon verschleppt. Um überhaupt als Volk weiter zu bestehen, mussten sich die Exilanten religiös von der heidnischen Umwelt völlig abgrenzen, da im Altertum die nationale Existenz eng mit der Religion verbunden war.

Archäologische Funde beweisen, dass der Götzendienst vor dem babylonischen Exil auch unter den Juden noch verbreitet war. Erst in Babylon hatte sich Israel von allen Schlacken des Heidentums befreit. „Ich werde da sein, als der ich da sein werde“ (Exodus 3,14, in der Buber-Rosenzweig Übersetzung), wurde bestätigt; der Glaube an den immateriellen Gott mit dem „namenlosen Namen“ (Soziologe Erich Fromm (1900-1980)).

Gott und Mensch, das Unendliche und das Endliche stellen im Judentum zwei Ebenen dar. Der Mensch stößt immer wieder an seine Grenzen. Im Gegensatz zu den Mythen der anderen Völker kennt die hebräische Bibel – mit einigen wenigen Ausnahmen – keine Helden. Daher „menschelt es“ sowohl in der Bibel wie auch in der üblichen Weltgeschichte des Judentums, erläutert auch Wolffsohn. Schon die Patriarchen waren von Zweifeln geplagt, begangen Fehler und durchschritten so manche Irrwege. Mose, im jüdischem Verständnis der größte aller Propheten, zögert am brennenden Dornbusch vor dem göttlichen Auftrag, die hebräischen Sklaven aus den Fesseln des Pharao zu befreien, er fühlt sich so einer großen Aufgabe nicht gewachsen (vgl. Exodus, 3, 11) ; er stottert und benötigt die Hilfe seines Bruders Aaron, um mit dem Herrscher von Ägypten zu verhandeln (vgl. Exodus 4, 10-16). In ihrer allzu menschlichen Angst, an den Entbehrungen des Wanderlebens in der Wüste sterben zu müssen, missachten die Hebräer die schwer errungene Freiheit, „murren“ gegen den Beauftragten Gottes und sehnen sich zurück zu den „Fleischtöpfen Ägyptens“ (vgl. Exodus 16, 3). Mose, durch die Auflehnung des „hartnäckigen Volkes“ überfordert, zeigt den Hebräern offen seinen Unmut und hadert sogar öfters mit Gott. ... (Monika Beck; kna-HG 18.01.2024)

**Michael Wolffsohn, „Eine andere jüdische Weltgeschichte“, Herder Verlag, 1. Auflage 2023, 18,00 €.**